

Gespaltene Rechte in Europa

Die Rechten in Europa sind stark, doch eine geeinte europäische Rechte gibt es nicht.

von Gerd Wiegel



Das von der »Schweizerischen Volkspartei« (SVP) initiierte erfolgreiche Volksbegehren zur Begrenzung der Zuwanderung in die Schweiz hat den Parteien der extremen und populistischen Rechten in Europa zusätzlichen Auftrieb gegeben. Einen Auftrieb, dessen es nicht bedurft hätte, waren zahlreiche dieser Parteien doch schon vor der Schweizer Abstimmung in einem Umfragehoch. So werden dem »Front National« (FN), der niederländischen »Partij voor de Vrijheid« (PVV) von Geert Wilders oder auch der FPÖ in Österreich Ergebnisse für die Europawahl im Mai vorhergesagt, die sie zu den stärksten Parteien in ihren Ländern machen könnten.

Das Thema Eurokrise und auch die von den etablierten Konservativen immer wieder vorgebrachten Ressentiments gegen bestimmte ZuwanderInnengruppen lassen einen Durchmarsch von Parteien der extremen Rechten erwarten, mit dem ihr Ergebnis und möglicherweise auch ihr Einfluss im Europäischen Parlament (EP) gestärkt wird und die rassistische Stimmungsmache in der Migrationspolitik weiter um sich greift. Von der »United Kingdom Independence Party« (UKIP), über den FN und die FPÖ bis zur »Alternative für Deutschland« (AfD) haben sich fast alle dieser Parteien positiv auf das Votum in der Schweiz bezogen und empfehlen es als politische Leitlinie für mehr Abschottung in Europa. Führen Einzelerfolge zu einer gestärkten Rechtsfraktion im EP?

Dennoch bleibt es fraglich, ob aus der Summe der zu befürchtenden Einzelerfolge der extremen und populistischen Rechten in zahlreichen europäischen Ländern auch eine gestärkte europäische Rechte wird. Zu groß sind die ideologischen Unterschiede zwischen einzelnen Ausrichtungen der Rechten in Europa, auch die nationalistischen Animositäten könnten für eine fortbestehende Spaltung der Rechtsparteien im EP sorgen. Zur Bildung einer Fraktion im EP sind gegenwärtig 25 Abgeordnete aus sieben Mitgliedsstaaten erforderlich. Vor allem ideologische Differenzen haben bisher dafür gesorgt, dass die Rechten auf gleich mehrere Fraktionen im EP aufgespalten und ihr radikalster Teil fraktionslos ist. Dies zu ändern ist das erklärte Ziel einer Initiative unter dem Namen »Europäische Allianz für die Freiheit« (EAF), die von Marine Le Pen und Geert Wilders im November 2013 gestartet wurde und die das Ziel hat, eine Fraktion der Parteien der extremen Rechten im EP zu bilden. Deutlich wurde jedoch schnell, dass sich keineswegs alle Rechtsparteien in dieses Projekt ein-

binden lassen. So kam von Seiten der UKIP eine Absage. Auch von der AfD, die bisher sehr darum bemüht ist, ihre rechtspopulistische Ausrichtung nicht durch falsche BündnispartnerInnen noch offensichtlicher werden zu lassen, kam eine Absage. Jedoch verbergen sich hinter solchen Vorbehalten nicht nur taktische Überlegungen, sondern auch reale ideologische Differenzen.

Kleinster gemeinsamer Nenner der europäischen Rechtsparteien ist ein rassistisch begründeter Antiislamismus, die gemeinsame Wendung gegen die europäische Freizügigkeit und die Ablehnung des gegenwärtigen europäischen Modells. Die Ausdifferenzierung der Rechten hat jedoch seit den achtziger Jahren dazu geführt, dass die Unterschiede zwischen verschiedenen Typen dieser

Rechtsparteien eher größer geworden sind. Eine offen faschistisch und gewalttätig auftretende Partei wie die »Goldene Morgenröte« in Griechenland, unterscheidet sich deutlich von einer in Teilen geschichtsrevisionistischen, islamfeindlichen und nationalistischen Partei wie der FPÖ und wiederum noch deutlicher von einer zwar islamfeindlichen, aber eindeutig nicht antisemitischen und nicht homophoben Partei wie der niederländischen »Partei für die Freiheit«.

Während »Jobbik« aus Ungarn und die »Goldene Morgenröte« nach wie vor einen expliziten Antisemitismus vertreten, haben vor einigen Jahren Parteien wie die FPÖ, der »Vlaams Belang«, die »Schwedendemokraten« und einige andere eine »Jerusalem Erklärung« unterzeichnet, in der sie sich zu Israel bekennen und im Islamismus die größte Bedrohung sehen. Traditionell faschistisch ausgerichtete Parteien stehen solchen Parteien eines modernisierten Rechtspopulismus gegenüber, der sich in den neunziger Jahren mit Ideologiemomenten des Neoliberalismus erneuert hat.

Neben diesen ideologischen Differenzen hat in der Vergangenheit der nach wie vor zentrale Nationalismus dazu geführt, dass sich rechte Einigungsbemühungen schnell zerschlugen. So scheiterte die kurzzeitige Rechtsfraktion »Identität, Tradition, Souveränität« (ITS) 2007 am Thema der rumänischen ZuwanderInnen nach Italien, die von Alessandra Mussolini rassistisch-nationalistisch beschimpft wurden, was zum Austritt der RumänInnen und damit zum Ende der Fraktion führte.

Es kann also sein, dass Parteien der extremen Rechten so stark wie nie zuvor im EP vertreten sein werden und dennoch keine gemeinsame schlagkräftige Fraktion zustande kommt. Eine solche Entwicklung wäre jedoch kein Grund zur Entwarnung, denn die zu erwartenden Ergebnisse der extremen und populistischen Rechten werden zu einem weiteren Terraingewinn für deren nationalistische und rassistische Ideologie führen. Von konservativen bis zu sozialdemokratischen Parteien besteht die Reaktion auf rechte Wahlerfolge leider zumeist in einer Bestätigung der Themen der Rechten. Ob bei der Frage von Zuwanderung aus Osteuropa, dem Umgang mit Sinti und Roma, der Abschottung der europäischen Grenzen – überall führt der Druck von Rechts zu einer Verschärfung der Positionen. Es bedarf dringend einer linken europäischen Verständigung darüber, wie dieser Zirkel überwunden werden kann.